



## Brief aus Straßburg

**Dr. Renate Sommer**

**Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet**

**Nr. 34; Juli 2005**

### **Liebe Leserin, lieber Leser,**

turbulent war unsere letzte Plenarwoche vor der sechswöchigen Sommerpause: Der seit Jahren umstrittene Richtlinienvorschlag zu „Computerimplementierten Erfindungen“ wurde endgültig zurückgewiesen, und bei der feierlichen Ansprache des italienischen Staatspräsidenten Ciampi mussten sogar drei für die Unabhängigkeit Norditaliens protestierende Abgeordnete aus dem Plenarsaal getragen werden. Ansonsten reichte die Themenpalette von den Frauenrechten in der Türkei über Weichmacher in Kinderspielzeug bis zur europaweiten Bekämpfung von Kartoffelnematoden.

Schockiert erfuhren wir von den Terroranschlägen in London. Die amtierende britische Ratspräsidentschaft wird sich nun genau mit den Dingen beschäftigen müssen, die England immer weit von sich gewiesen hatte: Wir brauchen möglichst schnell eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, verbunden mit einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie!

### **Richtlinie zu Softwarepatenten**

Das Europäische Parlament hat in zweiter Lesung den Vorschlag zu der umstrittenen Richtlinie über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen mit 648:14 Stimmen zurückgewiesen. Zum ersten Mal

in seiner Geschichte lehnt das EP damit innerhalb des Mitentscheidungsverfahrens in zweiter Lesung ein Gesetz ab. Damit gibt keine europaweite Harmonisierung der Regelungen in diesem Bereich. Die Europäische Kommission will keinen neuen Gesetzentwurf zu diesem Thema vorlegen.

### **Gesundheit von Kindern hat oberste Priorität**

Phthalate sind Weichmacher und werden zur Erhöhung der Elastizität bei Spielzeug und Babyartikeln eingesetzt. Sie stehen aber im Verdacht, innere Organe zu schädigen. Mit der nun beschlossenen Richtlinie wird ein strenger Rahmen für die Herstellung und das Inverkehrbringen von Spielzeug und Babyartikeln, die Phthalate enthalten, gesetzt.

### **Die europäische Regional- und Strukturpolitik ab 2007**

Eines der zentralen, wenn auch langfristigen Ziele der EU ist die Kohäsion, d.h. die Verringerung der Unterschiede im Entwicklungsstand ihrer verschiedenen Regionen in den 25 Mitgliedstaaten. Durch die Erweiterung der EU um zehn Staaten im vergangenen Jahr hat sich jedoch das wirtschaftliche, soziale und territoriale Gefälle wieder deutlich vergrößert. Die Kohäsionspolitik steht deshalb vor einer beispiellosen Herausforderung. Nun wurde beschlossen, für den Zeitraum 2007-2013 insgesamt

336,1 Mrd. EUR für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt einzuplanen.

### **Weltweite Aktion gegen Armut: "White Band Campaign"**

Das EP unterstützt die Kampagne "Weltweite Aktion gegen Armut" („White Band Campaign“), die im Januar 2005 vom Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, anlässlich der Eröffnung des Weltsozialforums initiiert wurde. Nelson Mandela startete diese Kampagne im Februar 2005 im Vereinigten Königreich. Ziele der Kampagne sind: Aufstockung der Quantität und Qualität der Hilfe für Entwicklungsländer, Schuldenerlass und gerechter Handel. Symbol der Kampagne ist ein weißes Band ohne jegliches Logo.

### **Umweltpolitik :**

#### **Neue Prioritäten für LIFE+**

Das EP stimmte für die Ausweitung des Umweltprogramm LIFE plus auf den Schutz der biologischen Vielfalt. Hierzu ist eine Anhebung des Finanzrahmens von 2.190 Mio. Euro auf 23.190 Mio. Euro für den Zeitraum 2007 bis 2013 erforderlich.

### **EP fordert Etikett: „Garantiert ohne Kinderarbeit hergestellt“**

"Der Kampf gegen die Ausbeutung von Kindern und gegen Kinderarbeit muss eine politische Priorität für die EU darstellen", fordert das EP. Weltweit müssen gegenwärtig ca. 352 Millionen Kinder arbeiten. Nach jüngsten Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten 171 Millionen Kinder an Orten, die Gefahren für ihre körperliche und seelische Gesundheit mit sich bringen, 5,7 Millionen Kinder werden zu Sklaven, um die Familienschulden zu tilgen, 1,8 Millionen werden von Prostitutions- und Pornoringen ausgebeutet, 1,2 Millionen sind Opfer von Menschenhandel und Rekrutierung zum Zwecke ihrer sexuellen Ausbeutung, Zwangsarbeit und Zwangsbeschäftigung,

600.000 werden für andere illegale Tätigkeiten herangezogen, während mindestens 300.000 Kinder weltweit für kriegerische Einsätze zwangsrekrutiert werden.

### **Beschämende Situation der Frauen in der Türkei**

Ein Bericht unseres Frauenausschusses beschreibt die beschämende Situation der Frauen in der Türkei. Sie sind in weiten Teilen des Landes Menschen zweiter Klasse - geboren, um zu dienen und benutzt zu werden. Grundlegende Menschenrechte werden diesen Frauen verweigert. Allein dies wäre ein Grund für die Aussetzung des Beginns der Beitrittsverhandlungen, der für den 3. Oktober 2005 vorgesehen ist, denn der Türkei war eigentlich auferlegt worden, die politischen Kriterien von Kopenhagen vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu erfüllen! Der Ministerrat, allen voran der Noch-Kanzler Schröder, hatte jedoch seine eigenen Regeln umgestoßen, als er dieses Datum festlegte. Die Mehrheit des Europäischen Parlamentes einigte sich nun auch lediglich auf die Formulierung, dass die Achtung der Rechte der Frau eine unabdingbare Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in der EU ist. . .

Wenn Sie Sich für diesen Frauenbericht interessieren, wenden Sie Sich bitte an mein Büro in Brüssel.

So, das war's für heute. Nun wünsche ich Ihnen eine schöne und erholsame Sommerzeit! Bis zum nächsten Straßburgbrief im September grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an mein Büro in Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax 0032-228-49383